Südschleswigscher Wählerverband

Rede
Nr. 309/2026
Kiel, 12.11.2026

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Familien brauchen Verlässlichkeit und keine Kompromissformeln

„Sie erklären den Erhalt für wünschenswert und beantragen trotzdem schon den Kompromiss, bevor Sie überhaupt eine klare Verhandlungsposition benennen. Sie wollen einigermaßen das Richtige, beantragen das Ungefähre und nehmen das Schlechtere in Kauf.“

Christian Dirschauer zu TOP 25 - Kinderkrankentage dauerhaft sichern – Familien nicht zusätzlich belasten (Drs.20/5001)

Ein Kind fragt nicht, ob es den Eltern gerade in den beruflichen Alltag passt, krank zu werden. Wenn krank, dann krank und dann müssen die Eltern ohne Wenn und Aber zu Hause bleiben können. Sie müssen für ihre Kinder da sein können, ohne in existenzielle Ängste um ihren Arbeitsplatz oder ihr Einkommen zu geraten. Verlässlichkeit und Planungssicherheit gehören zu den Kernaufgaben moderner Familienpolitik. Wir haben immer wieder über Familie und Beruf diskutiert, doch was wir aktuell auf Bundesebene erleben, ist das exakte Gegenteil. Die Kürzung der Kinderkrankentage ist ein schwerer familienpolitischer Rückschritt.
Ab 2027 droht der Rückfall von 15 auf 10 Kinderkrankentage pro Kind und Elternteil, für Alleinerziehende von 30 auf 20 Tage. Das wäre ein Drittel weniger. Wer sagt, das sei lediglich eine Rückkehr zur Zeit vor Corona, übersieht: Schon damals waren die Ansprüche zu knapp. Auf dem Rücken von Familien und kranken Kindern zu sparen, ist der falsche Weg. Eltern übernehmen täglich Verantwortung. Sie brauchen Unterstützung, nicht zusätzliche Unsicherheit. Viele Erziehende werden durch diese Pläne direkt

zum Opfer einer verfehlten Sparpolitik. Gleichzeitig müssen wir uns von Bundeskanzler Friedrich Merz Sätze anhören, dass die Menschen in diesem Land wieder mehr arbeiten müssten. Das ist ein Signal des Misstrauens und ein Schlag ins Gesicht aller berufstätigen Eltern. Wer tagtäglich zwischen Job, Haushalt und Kinderbetreuung jongliert, arbeitet nicht zu wenig.
Statistiken zeigen, dass die vollen Tage im Durchschnitt gar nicht von allen Eltern ausgeschöpft werden – sie sind sogar leicht rückläufig. Da könnte man geneigt sein zu sagen, dass die Rückkehr zur Vor-Corona-Regelung nicht schlimm sei. Dem widerspreche ich deutlich; denn die Kinderkrankentage dienen als unverzichtbares Sicherheitsnetz. Vor allem Familien mit chronisch oder psychisch kranken Kindern stoßen jetzt schon an ihre Grenzen. Für Eltern, deren Kinder mit schweren Diagnosen wie Krebs kämpfen, reicht das Kontingent hinten und vorne nicht. Krankheiten halten sich eben nicht an starre Jahreskontingente.
Besonders hart treffen diese Kürzungen die Alleinerziehenden. Sie können die Last nicht auf zwei Schultern verteilen und haben selten ein großes, stabiles Netzwerk wie Großeltern im Hintergrund parat. Die Realität hat sich in den letzten Jahren eben geändert. Es wird von Arbeitnehmern gefordert, flexibel bei der Standortwahl des Arbeitsplatzes und Wohnortes zu sein. Dann kann aber nicht erwartet werden, dass die Großeltern zur Unterstützung greifbar sind.
Gerade für Alleinerziehende ist die Kürzung der Tage der direkte Weg in eine prekäre finanzielle Notlage. So weit dürfen wir es kommen lassen. Kinderkriegen darf in unserem Land nicht zum Armutsrisiko werden.
Mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung auf, sich im Bund für den dauerhaften Erhalt der geltenden Ansprüche einzusetzen: 15 Tage pro Kind und Elternteil, 30 für Alleinerziehende, dazu die bisherigen Höchstgrenzen für Familien mit mehreren Kindern. Und damit zum Alternativantrag von CDU und Grünen. Darin steht, die dauerhafte Beibehaltung sei „wünschenswert“. Ja, wunderbar! Dann stimmen Sie doch unserem Antrag zu! Stattdessen fordern Sie einen Kompromiss, bei dem die Bedürfnisse der Eltern „ausreichend berücksichtigt“ werden sollen. Was heißt denn ausreichend? Elf Tage? Zwölf? Dreizehn? Eine konkrete Zahl nennen Sie nicht. Dann erklären Sie, wir lägen zwar unter dem Corona-Niveau, aber noch über dem Niveau davor. Ja, und? Kinder werden nicht nach historischen Vergleichswerten gesund. Sie wollen die Ansprüche „anpassen“, die Höchstgrenzen „moderat anpassen“. Nennen wir es beim Namen: Sie wollen kürzen, aber nicht sagen, um wie viel.
Sie erklären den Erhalt für wünschenswert und beantragen trotzdem schon den Kompromiss, bevor Sie überhaupt eine klare Verhandlungsposition benennen. Sie wollen einigermaßen das Richtige, beantragen das Ungefähre und nehmen das Schlechtere in Kauf. Familien brauchen aber keine Kompromissformeln, sondern Verlässlichkeit. Deshalb: Stimmen Sie unserem Antrag zu!